



Petition 149788

Energienetze - Nutzung sowie weiterer Ausbau der Gas-Infrastruktur für regenerativ erzeugten Wasserstoff

Text der Petition	Mit der Petition wird gefordert, die Gas-Infrastruktur für regenerativ erzeugten Wasserstoff zu nutzen und weiter auszubauen.
Begründung	<p>Bevor Tausende ihre bestehenden Gasheizungen und -leitungen herausreißen und sich z.B. teure Wärmepumpen und die Installation im Haus ändern müssen, sollte umgehend damit begonnen werden, wieder die Einspeisung von reinem Wasserstoff ins Gas-Netz voranzutreiben. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts waren dem damaligen Stadtgas gut 50 Prozent Wasserstoff beigemischt. Die Stadtwerke und Netzbetreiber blicken somit auf langjährige Erfahrungen zurück. Die Gas-Infrastruktur ist das einzige schon jetzt verfügbare Speichersystem in Deutschland, das Mengen von dieser Energie aufnehmen und auch wieder abgeben kann. Überschüssiger Ökostrom, umgewandelt in Wasserstoff, kann somit über das Gas-Netz zu allen Sektoren, wie Industrie, Haushalt, Gewerbe, Verkehr..... transportiert werden. Zusammen mit der Gas-Branche sollte die Politik und die Energiepartner gemeinsam einen Markt für Wasserstoff aufbauen. Die LNG's konnten auch sehr schnell aufgebaut werden. Für reinen Wasserstoff müsste wahrscheinlich zusätzliche H²-Infrastruktur aufgebaut werden, damit potentielle Regionen zur Wasserstoffherzeugung mit den großen Verbrauchern verbunden werden. Dieses H²-Netz kann zur sinnvollen Verknüpfung und gleichmäßigen Auslastung von Strom- und Gas-Netz beitragen. Schon im Mai 2020 veröffentlichten die Fernleitungsnetzbetreiber die konkrete Planung für das H²-Startnetz im Rahmen des Netzentwicklungsplans Gas 2020-2030 (NEP Gas) in der sogenannten Grüngas-Variante. Es sollten schnellstens rechtliche Grundlagen für den Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur gelegt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass diese Energie für Verbraucher und Verbraucherinnen bezahlbar bleibt. An Dänemark sollte sich die Bundesrepublik Deutschland ein Beispiel nehmen. Dort wurde 1979 ein Wärmeversorgungsgesetz beschlossen, das für alle Kommunen verpflichtend wurde. Die Kommunen dort müssen dafür sorgen, dass die Projekte mit dem höchsten sozioökonomischen Nutzen umgesetzt werden. Der Wärmepreis für Verbraucher und Verbraucherinnen darf nicht höher oder niedriger sein als die tatsächlichen Wärmeerzeugungskosten. Die Kommunen müssen ihre Gebiete für Nah- und Fernwärme festlegen. Unsere Verbraucher und Verbraucherinnen müssen auch eine bezahlbare Energie für ihre Wärmeversorgung erhalten.</p>